

LEITARTIKEL

Unmut über die Corona-Politik im Land

Die Mitschuld der Blitzableiter

Von Thomas Fricker



Nach zwei Jahren Corona ist die Geduld sehr vieler Menschen erschöpft – falls es daran noch Restzweifel gegeben haben sollte, der jüngste BaWü-Check hat sie ausgeräumt. In der von den baden-württembergischen Tageszeitungen in Auftrag gegebenen Erhebung des Institutes für Demoskopie in Allensbach treten Frust und Enttäuschung in einem Ausmaß zutage, die unser Gemeinwesen als Alarmsignal begreifen muss.

In erster Linie speist sich der Unmut einer klaren Mehrheit der Bevölkerung – natürlich – aus dem Überdross an der Pandemie. Weil man das Virus selbst schlecht für dessen hartnäckiges Verweilen und seine Verwandlungskünste maßregeln kann, braucht es für viele Bürgerinnen und Bürger einen Schuldigen als Blitzableiter.

Die Landesregierung, allen voran ihr Sozialminister Manfred Lucha eignen sich dafür bestens.

Bemerkenswert erscheint dabei eines: Die Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Regierung ist zwar insgesamt gesun-

den, aber die Kritik kommt aus gegensätzlichen Richtungen. Wer grundsätzlich unzufrieden ist, beklagt vor allem Willkür, Planlosigkeit und wirtschaftliche Schäden. Ein relevanter Teil dieser Gruppe hält außerdem die Corona-Einschränkungen insgesamt für übertrieben. Zugleich gehen aber auch Bürger auf Distanz, die die Arbeit der Landesregierung in der Krise prinzipiell mittragen. Nicht streng genug, zu spät erlassen und zu selten kontrolliert würden die Corona-Regeln, wird aber kritisiert. Die Begründung wechselt, im Ergebnis kommt der Regierung der Zuspruch abhanden.

Kretschmann, Lucha und Co. haben zu diesem Trend beigetragen. Zwar sind auch sie Getriebene von Corona und abhängig von Weichenstellungen im Bund sowie Kompromissen zwischen 16 Bundesländern. Aber immer wieder haben sie – mal durch Handeln, mal durch Unterlassen – Unsicherheit verstärkt, anstatt sie wenigstens ein wenig zu lindern.

Lucha zum Beispiel plagte von Anfang an das Handicap, mit verhältnismäßig kleinem Apparat eine Herkulesaufgabe bewältigen zu müssen. Überforderte Bürokratie trübte wiederholt das Erscheinungsbild des Ministers. Wenn der grüne Wahl-Oberschwabe es besonders markig zu korrigieren suchte, strafte Abstimmungsschwierigkeiten zwischen den Ressorts seine Tatkraft mitunter Lügen. Zudem wurde Lucha zum Opfer ärztlicher Lobbyarbeit und falscher Sparsamkeit in der Regierung. Die Schließung der Impfzentren war verfrüht, von den hastig mobilisierten Impfteams gab es anfangs zu wenige. Schließlich durften die doch wieder reaktivierten Impfzentren nicht mehr so heißen. Dafür mussten sie um jeden einzelnen nach Stuttgart verlagerten Computer ringen – eine Posse, die zugleich ein Schlaglicht auf den unverändert bescheidenen Digitalisierungsstandard im Land warf.

Von Winfried Kretschmann selbst weiß man seit Ausbruch der Pandemie, dass er dem Team Vorsicht angehört. Dass

Kretschmann allerdings Anfang Januar die Corona-Regeln der Alarmstufe II verlängern ließ, obwohl sowohl die Belegung von Intensivbetten als auch die Hospitalisierungsrate rückläufig waren, war ein Schnellschuss, der Vertrauen zerstörte. Wenn, dann hätte Kretschmann ihn sorgfältig begründen müssen. Dazu fehlten ihm aber Zeit und/oder Einsicht.

Ohnehin erweckt Kretschmann zunehmend den Eindruck, er wisse besser als jeder andere, was in der Pandemie angesagt ist und was nicht. Dabei muss er aufpassen, Durchhaltevermögen und Strenge nicht mit Starrsinn zu verwechseln. Seine jüngste Erklärung – vor Ostern wolle er über Lockerungen nicht einmal reden – deutet in diese Richtung. Diese Aussage kam zwar für den aktuellen BaWü-Check zu spät. Sie hätte die Bewertung der Regierung aber garantiert nochmals verschlechtert.

► fricker@badische-zeitung.de

Kretschmann tut so, als wisse er besser als jeder andere, was zählt

**Auf dem Prüfstand**

Mali Regierung blockiert den ausländischen Anti-Terroreinsatz – das gefährdet die Bundeswehr

Von Frauke Wolter

Die Bundeswehrmission in Mali ist so gefährlich wie es der Einsatz in Afghanistan war. Die malische Junta, die 2021 nach einem Putsch die Macht übernommen hat, macht den Militäreinsatz in dem westafrikanischen Land unter der Leitung Frankreichs inzwischen das Leben schwer. Nicht nur Paris denkt neu nach – auch der deutsche Einsatz steht auf dem Prüfstand.

Rund 1400 Soldaten und Soldatinnen sind in Mali stationiert. Der Großteil von ihnen nimmt an der UN-Mission Minusma teil, die gegen die zerstörerischen Umtriebe terroristischer Gruppen in der Sahelzone kämpft. Ein kleinerer Teil – rund 300 Soldaten – engagiert sich im europäischen EUTM-Programm für die Ausbildung des malischen Militärs. Und genau hier wird es heikel. Will Berlin tatsächlich Militärs für eine Junta ausbilden, die auf demokratische Prozesse pfeift?

Die Militärregierung hat die anstehenden Wahlen auf 2026 verschoben und verbittet sich zudem jegliche Einmischung der Länder, die noch von der vorherigen Führung ins Land gebeten worden waren. 2013 war das, als die Gefahr durch vorrückende Terroristen so groß wurde, dass Bamako einen Hilferuf an die frühere Kolonialmacht Frankreich sandte. Seither sind zahlreiche EU-Staaten mit Soldaten, Beratern und Helfern vor Ort.

Für Deutschland gab es zunächst viele Gründe, sich an der gefährlichen Mission zu beteiligen: Die Furcht vor einem „failed state“ Mali, dessen politische Instabilität benachbarte Staaten mit sich reißen könnte. Der wachsende Einfluss der Terrororganisationen Islamischer Staat und al-Qaida in der Region, der Menschen- und Drogenhandel nach sich zieht. Auch wollte und will Berlin den EU-Partner Frankreich nicht vor den Kopf stoßen.

Doch inzwischen hat sich die Lage verschlechtert. Die Junta hat zudem russische Söldner ins Land geholt; längst hat sich Russland in Afrika breitgemacht:

Nicht nur mit der umstrittenen Wagner-Gruppe, die mit Bodenschätzen bezahlt wird, Moskau macht auch schon lange gute Geschäfte mit Waffen. Wer dies nur benennt, wird von Malis Junta bestraft: So musste kürzlich das dänische Kontingent wieder abziehen, der französische Botschafter wurde aus dem Land geworfen.

Afghanistan hat gezeigt, was passiert, wenn man eine Militärmission überstürzt abzieht und ein Machtvakuum hinterlässt, das dann von Islamisten übernommen wird. Die Leidtragenden sind die Zivilisten. Bis Mai muss der Bundestag wieder über den Einsatz in Mali entscheiden. Ein anderes Mandat, mehr und bessere Ausrüstung, Sanktionen gegen die Junta – denkbar ist alles. So lange aber die herrschende Clique in Mali gegen die ausländischen Soldaten arbeitet, hat das Risiko, das diese eingehen, keinen Sinn. Gibt es kein Einlenken der Putschisten und somit keine Rückkehr zu demokratischen Regeln, kann die Bundeswehr nicht in Mali bleiben – trotz aller Folgen.

► wolter@badische-zeitung.de

Provokation als Geschäftsmodell

IM PROFIL: Der Podcaster Joe Rogan beschert dem Streaming-Dienst Spotify eine Imagekrise – wer ist dieser Mann?

Von Felix Klingel

Er kiff mit Tesla-Chef Elon Musk, hofiert rechte Verschwörungstheoretiker und empfiehlt das Entwurmungsmittel Ivermectin gegen Corona. Joe Rogan ist das Infant terrible der Podcast-Szene – und damit wahnsinnig erfolgreich. Wiederholte Falschinformationen über das Coronavirus in seinen Interviews veranlassten die Musiker Neil Young und Joni Mitchell nun, sich von Spotify zurückzuziehen. Bei dem schwedischen Streaming-Anbieter steht Rogan exklusiv unter Vertrag. Wer ist dieser Mann? Und warum behält Spotify – sonst stets um ein sauberes Image bemüht – so einen Krawallmacher an Bord?

Joe Rogan ist ein Archetyp des amerikanischen Selfmademan. Der Mythos des Mannes, der sich hochgearbeitet hat – Rogan hat ihn verinnerlicht. Er wuchs in einer Familie in der unteren Mittelschicht in den USA auf. Seine Eltern ließen sich früh scheiden, es gab Geschichten von häuslicher Gewalt. Als Teenager interessierte er sich dann vor allem für Kampfkunst, schaffte die High School, aber brach ein Studium ab. Lange war Rogan ohne Ziel im Leben – bis er mit Stand-up-Comedy eine Passion fand. Doch der Erfolg kam nur langsam, Rogan musste hart arbeiten, hatte wenig Geld und viele



Joe Rogan

Nebenjobs. Aber er schaffte es. Es kamen Fernsehauftritte, außerdem begann er, als Kampfsport-Kommentator zu arbeiten. Sein Name wurde zur Marke. 2009 gründete er den Podcast „The Joe Rogan Experience“, ein Interview-Format, in dem er sich mit Gästen über alle möglichen Themen unterhält. Heute ist es einer der erfolgreichsten Podcasts der Welt.

Den Erfolg hat er nicht ohne Grund: Rogan ist zweifelsohne unterhaltsam. Als Comedian beherrscht er Timing und

Schlagfertigkeit, er ist unkonventionell und provokativ. Das wird aber dann zum Problem, wenn er Unterhaltung und Information vermischt. Und Rogan hat mit seinen Millionen Fans längst die Sphären der Comedy-Keller verlassen. Mit seinem Podcast verbreitet er Informationen – und das durchaus mit eigener Agenda.

Stets betont er zwar, er wolle nur Fragen stellen, sei interessiert an den Randpositionen. So verteidigte er auch die Folge mit Impfgegner Robert Malone, die Auslöser des Spotify-Skandals war. Auffällig ist aber, dass Rogan sich immer wieder Rechtspopulisten und Verschwörungstheoretiker einlädt. Wenn es um Politik geht, dann kommen bevorzugt sie ans Mikrofon – ausgewogen ist das nicht. Doch beim „Selfmademan“ Rogan stoßen sie mit ihrer hyperindividualistischen Weltanschauung stets auf offene Ohren. Das liberale Element der Rechten passt zu Rogan: persönliche Freiheit, Verzicht auf politische Korrektheit, ein Recht auf Waffen und Selbstverteidigung – das alles ist Joe Rogan wichtig. Das Individuum und damit er selbst steht im Zentrum seiner Weltanschauung. Folgerichtig rechtfertigt er die umstrittene Podcast-Folge sinngemäß so: Er bereite eben immer noch alleine die Show vor und könne daher nicht alles wissen. Viele Behauptungen der Gäste nickt er mit einem „Yeah“ ab.

Bleibt die Frage, warum Spotify den umstrittenen Podcaster zu sich holte. Immerhin soll Rogan für den Exklusivvertrag mehr als 100 Millionen Dollar (89 Millionen Euro) bekommen haben. Spotify dürfte sich zwei Dinge davon versprochen haben. Erstens geht es um Kundenbindung. Podcasts sind für Millionen von Menschen zum Alltagsbegleiter geworden und Spotify ist einer der größten Anbieter. Zwar gibt es auch andere Möglichkeiten, um Podcasts zu hören. Doch mit Exklusivverträgen bindet Spotify einzelne Podcasts an sich. Diese gibt es dann nur über Spotify zu hören. Anders etwa als Musik, die es auf Konkurrenz-Plattformen wie Apple Music, Deezer oder YouTube auch gibt. So wird Spotify mit eigenen Inhalten unabhängig von der Musikindustrie. Zweitens geht es um Werbung. Während zahlende Spotify-Nutzer beim Musikhören keine Werbung hören, ist das bei Podcasts anders. Hier wird Werbung eingespielt, teilweise vom Podcaster selbst vorgetragen. Das erzeugt Glaubwürdigkeit – und damit eine gefragte und teuer bezahlte Werbeumgebung.

Darum ist Rogan für Spotify nun ein Problem, er schadet dem Image. Doch rausgeschmissen wird er nicht. Millionen Hörer und der Platzhirsch-Status sind dem Konzern wichtiger. Provokation ist eben auch ein Geschäftsmodell.

PRESSESTIMMEN

Notwendige Entlastung

Die „Neue Osnabrücker Zeitung“ zur EEG-Umlage:
„Für die Verbraucher kommt es aktuell knüppeldick. Auch im Januar sind die Preise wieder deutlich gestiegen, um 4,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Haushaltsenergie und Kraftstoffe verteuerten sich sogar um 20,5 Prozent. Es ist deshalb überfällig, dass die Ampel-Koalition die Abschaffung der Ökostromumlage vorzieht. (...) Auch das angekündigte Klimageld (...) darf nicht mehr lange auf sich warten lassen. Denn erstens ist dieser soziale Ausgleich fest versprochen. Und zweitens kann es nicht sein, dass die Verbraucher immer erst in Vorleistung gehen müssen, bevor sie (...) etwas entlastet werden.“

Erfolgreicher Mittelweg

Die „Rheinpfalz“ in Ludwigshafen zur Wahl in Portugal:
„Als vor sechs Jahren in Portugal der Sozialist António Costa an die Macht kam und das Ende der Austerität ankündigte, befürchteten die Sparkommissare in Brüssel das Schlimmste (...) Doch es kam ganz anders: Der Portugiese schaffte, was die damalige Troika der Kreditgeber für unmöglich hielt: einen Mittelweg aus Schuldensanierung und Sozialpolitik.“